

Paroli

Linke Blätter für Stadt, Landkreis und Universität
Sonderausgabe Wahlen 2011

Eine Stadt für alle

Interview mit Henning Köster, Oberbürgermeister- und Spitzenkandidat der Marburger Linken



▲ Henning Köster (5. v.l.) mit KandidatInnen der Marburger Linken: Tanja Bauer, Hartmut Lange, Halise Adsan, Roland Böhm, Peter Böcher, Heidi Hoffmann

Was will die Marburger Linke?

Wir wollen gleiche Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen schaffen. Nicht das große Geld, sondern die Menschen selbst sollen bestimmen. Daher unsere Losungen „Eine Stadt für alle“ und „Menschen vor Profite“.

Haben SPD und Grüne Marburg nicht sozialer gemacht?

Nein. Nehmen wir den Stadtpass. Der wurde 2003 vom damaligen Sozialdezernenten Franz Kahle zusammengestrichen und unter Kerstin Weinbach nur minimal verbessert. Als Folge müssen Hartz-IV-BezieherInnen in Marburg doppelt soviel für eine Busfahrkarte ausgeben wie im Regelsatz vorgesehen ist.

Steckt da System dahinter?

Ja natürlich. In Marburg gibt es keine Politik der Armutsbekämpfung. Deshalb will die Koalition

keinen Armutsbericht und wurde 2004 der Sozialplaner eingespart. Obwohl auf unsere Initiative hin im Haushalt 2010/2011 Mittel dafür eingestellt wurden, ist die Stelle nicht neu geschaffen worden.

In der Haushaltspolitik liegt ihr mit den anderen Fraktionen über Kreuz?

Sie stehen schon seit Jahren auf der Schuldenbremse und haben 2008 die Gewerbesteuer gesenkt, statt sie auf Gießener Niveau anzuheben. Für viele Aufgaben bleibt kein Geld übrig, weil auf Einnahmen von 10 bis 15 Millionen Euro verzichtet wird. Die meisten Vorschläge der Marburger Linken wären finanzierbar: Eine Gebührenbefreiung für alle Kitas würde zwei Millionen Euro kosten, Nulltarif im Nahverkehr weitere sechs. Für ein 50-Meter-Becken im Freibad müssten ein-

Wo sparen die anderen Fraktionen?

Vor allem am Personal. Sie sind stolz auf eine „schlanke“ Verwaltung. In Gießen und Wetzlar kommen zwölf städtische Beschäftigte auf tausend EinwohnerInnen, in Marburg nur acht. Deshalb fehlen Stellen für Sozialplanung, den Ausländerbeirat oder eine Energieagentur. Der berüchtigte Veruntreuungsfall wäre vermutlich nicht möglich gewesen, wenn der Beamte auch nach 1997 noch einen Vertreter gehabt hätte.

Außerdem sind die Beschäftigten völlig überlastet. Ich finde es deshalb scheinheilig, sich andauernd für ihre enormen Leistungen zu bedanken. Der beste Dank

Gibt es dieses schoflige Verhalten auch bei den städtischen Unternehmen?

2000 haben die anderen Fraktionen die Stadtwerke in eine GmbH umgewandelt. Die angeblich wegen EU-Vorgaben notwendige Kostensenkung sollte durch Gründung diverser Tochterfirmen erreicht werden, die Personal zu Niedriglöhnen einstellen. Die MEG dient als Leiharbeitsfirma für den Dienstleistungsbetrieb DBM.

Aber die Bundes-SPD verlangt doch gleiche Löhne für Leiharbeiter und Stammebelegschaften?

Das hat sich in der Marburger SPD wohl noch nicht herumgesprochen.

In letzter Zeit scheint der Denkmalschutz eines Eurer Markenzeichen geworden zu sein?

Etwas ein Viertel unserer Anträge hat sich mit Stadtentwicklung und Baupolitik befasst. Das sind auch soziale Themen, denn Baumaßnahmen haben auch Einfluß auf die Miethöhe und die Sozialstruktur eines Viertels. **Fortsetzung S. 2**

Kommentar

Zukunftsbremse

Der Begriff „Schuldenbremse“ klingt gut, aber er ist ein neoliberales Unwort. Die Schuldenbremse bremst keine Schulden, sie bremst die Zukunft aus. Sie nimmt dem Staat die Möglichkeit, in die öffentliche Infrastruktur zu investieren.

Die Verfassungsänderung geht am eigentlichen Problem vorbei. Klar, niemand hat gern Schulden. Das Bundesland Hessen hat aber kein Ausgaben- sondern ein Einnahmeproblem. Statt weiterer Steuergeschenke für Reiche, Banken und Konzerne brauchen wir eine gerechtere Besteuerung des großen Geldes. Eine schwammige „Einnahmeverantwortung“ hilft nicht weiter. Vom notwendigen Politikwechsel für mehr Steuergerechtigkeit lenkt die „Schuldenbremse“ ab.

Was erwartet die BürgerInnen, wenn die Schuldenbremse kommt? Die Landesregierung erhält einen Freibrief für weiteren Sozialabbau. Ausbaden müssen das die Menschen vor Ort. Gespart wird bei Schulen und Kindergärten, bei Sozialeinrichtungen und Schwimmbädern. Zuschüsse für Frauenhäuser und Sportvereine werden gekürzt. Öffentliches Eigentum wird privatisiert.

Die „Schuldenbremse“ ist eine Zukunftsbremse. Sie bremst die Erhaltung einer sozialen Infrastruktur in den Kommunen. Am 27. März geht es auch um die Frage, in was für einem Staat wir leben möchten. Stimmen Sie mit „Nein“ zur Zukunftsbremse und für ein soziales, gerechtes Hessen.



Jan Schalauske, Listenplatz 3

Am 27. März :
Liste 6



MENSCHEN VOR PROFITE
MARBURGER LINKE.

malig drei Millionen Euro ausgegeben werden.

Eine Stadt für alle

Fortsetzung des Interviews mit Henning Köster

Ist das Euer einziges Anliegen?

Nein. Uns liegt viel an der Erhaltung des Stadtbildes. Es kann nicht sein, dass die Entwicklung der Stadt und die Einhaltung von Bebauungsplänen mehr von Investoren oder Milliardären als von den BürgerInnen bestimmt werden. Stadt und GeWo-Bau müssen selber stärker investieren, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Projekte im öffentlichen Interesse, wie ein Stadtmuseum, zu realisieren.

Gibt es verkehrspolitisch Schnittmengen mit anderen Fraktionen?

Was die Plage Stadtautobahn an-

geht, gibt es Berührungspunkte mit Rot-Grün. Die SPD hat sogar unseren Vorschlag, die Autobahn zu übertunneln, in ihr Programm aufgenommen. Aber wir wünschen uns mehr Druck, um wenigstens eine Geschwindigkeitsreduzierung durchzusetzen.

SPD und Grüne beteuern vor jeder Wahl, den Pkw-Verkehr verringern zu wollen. Tatsache ist aber, dass er wächst. Und OB Vaupel, ganz auf einer Linie mit CDU und MBL, verweist stolz darauf, dass die Zahl der Parkplätze seit 2000 um fünf Prozent zugenommen hat.

Anschluss verpasst

Nachholbedarf bei Kitas, Sporthallen und Inklusion

Die Veranstaltung der Träger freier Kindertagesstätten (Kita) am 16. Februar machte überdeutlich, woran es in Marburg im Betreuungsbereich für Kinder hapert: Viel mehr Eltern als die Stadt bisher annimmt, brauchen sowohl in der Kita als auch in der Grundschule nachmittags verlässliche und längere Betreuung ihrer Kinder. Das bestätigt die alten Forderungen der Marburger Linken nach entsprechenden Räumen und qualifiziertem Personal sowie dem Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen. Beides muss finanziert werden, egal ob das Angebot von Elterninitiativen oder der Stadt betrieben wird.

Seit 2011 hat Hessen ein neues Schulgesetz. Die Forderung nach mehr Bewegung und Sportunterricht trifft in Marburg auf zu wenige und zu kleine Schwimm- und Sporthallen. Letztere sind oft sanierungsbedürftig. Die Forderung der Marburger Linken, die bekannten Missstände abzustellen, wird ignoriert.

Mit dem ausdrücklichen formulierten Ziel der Inklusion erfüllt das Schulgesetz die UN-Behindertenrechts-

konvention von 2008: Kein Kind soll mehr ausgegrenzt, in „Förder“-Schulen abgeschoben und zurückgelassen werden. Der Staat – hier die Stadt – hat die Voraussetzungen zu schaffen, dass jedes Kind in die Schule vor Ort oder seiner Wahl gehen kann. Das bedeutet barrierefreie Schulen, ausgestattet mit entsprechenden Hilfsmitteln und mit notwendigem Personal, also die Einstellung von SozialarbeiterInnen und TherapeutInnen an den Schulen. Im städtischen Haushalt ist von der dafür nötigen Planung und Finanzierung nichts zu finden.

Die Marburger Linke begrüßt Inklusion als Schritt zur Überwindung des viergliedrigen Schulsystems. Das schulische Entwicklungsland Deutschland braucht dringend „Eine Schule für alle“, damit die Zukunftschancen der Kinder nicht länger von der sozialen Herkunft ihrer Eltern bestimmt werden.

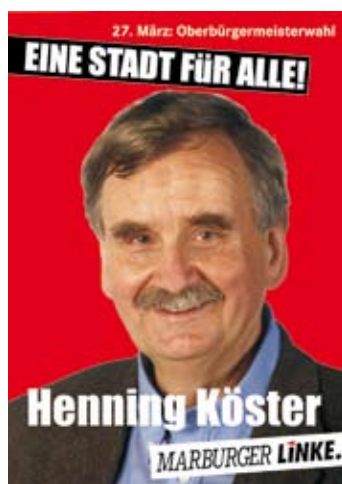


Roland Böhm
Listenplatz 5



Hartmut Lange
Listenplatz 7

Fotos: S. Markl



Für uns ist Mobilität auch eine soziale Frage. Wir wollen, dass die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen – Menschen, die ohne Auto auskommen müssen – trotzdem mobil bleiben. Andere Menschen würden aufs Auto verzichten, wenn das Busfahren keine Qual mehr wäre, Busse schneller als Pkws vorankommen und sie billiger oder zum Nulltarif fahren würden. Man muss auch

innovative Wege gehen wie in Kassel und Karlsruhe, wo es eine Regio-Tram gibt.

Wollt Ihr den Grünen den Rang als Ökopartei ablaufen?

Haben wir das nicht längst? Bei uns standen eine umweltfreundliche Verkehrspolitik und der Klimaschutz immer mit oben an.

Dass Marburg Mitglied im Klimaschutzbündnis ist, geht auf unsere Initiative zurück. Leider werden die Verpflichtungen, die sich daraus ergeben, nur zum Teil umgesetzt.

Wie stehen Eure Wahlchancen?

Wir gehen von einem zweistelligen Ergebnis bei der Stadtverordnetenwahl aus. Bei der OB-Wahl wünsche ich mir ein gutes Resultat, damit Vaupel und Kahle die Gelbe Karte für ihr Desinteresse an der Armut, ihr Geklüngel mit Investoren und ihre Steuergeschenke gezeigt bekommen. Und natürlich erwarten wir nach Ockershausen und dem Richtsberg in die Ortsbeiräte Cappel und Wehrda einzuziehen.

Stadtpass auf Sparflamme

Die Versuche der Marburger Linken, den Stadtpass aufzubessern, scheitern regelmäßig an den anderen Fraktionen im Stadtparlament. Gelohnt hat sich die Mühe dennoch, weil rechtzeitig vor den Kommunalwahlen Rot-Grün in der Stadtverordnetenversammlung beschließen ließ, der Magistrat solle die Einkommengrenzen für den Erhalt des Stadtpasses ebenso erhöhen wie die Zuschüsse für den Personennahverkehr und für Kurse der Volkshochschule beziehungsweise der Evangelischen Familienbildungsstätte. Allerdings bleibt Rot-Grün weit hinter dem zurück, was bis 2003 StadtpassinhaberInnen an Vergünstigungen zustand und vom damaligen Sozialdezernent Dr. Franz Kahle zusammengestrichen wurde.

Die jetzige Dezernentin Dr. Kerstin Weinbach und der Magistrat sind dem Beschluss der StVV nur zum Teil nachgekommen. Die Forderung des Parlaments, die Einkommengrenzen auf das Doppelte des Regelsatzes von 359 Euro zu erhö-

Nico Biver
Listenplatz 13



Fotos: S. Markl

hen, wurde nur für den Haushaltsvorstand umgesetzt. Für die restlichen Haushaltsangehörigen gilt nur der einfache Satz.

Mit dem Bus soll man künftig billiger fahren können. Der Zuschuss für die Monatskarte im Stadtgebiet wurde um 4 Euro auf 13 Euro für Erwachsene und 11 Euro für SchülerInnen erhöht. Bei Fahrkartenpreisen von 36,20 bzw. 28,20 Euro heißt das, dass der Eigenanteil bei etwa 60 Prozent liegt. Womit Hartz-IV-EmpfängerInnen das bezahlen sollen, bleibt rätselhaft. Im Regelsatz sind nur 11,49 Euro für Bus- und Bahnverkehr vorgesehen.

Das war schon mal besser. 1997 bekamen StadtpassinhaberInnen 24 DM Zuschuss für eine Karte, die 41 DM kostete. Damals gab es auch zwei kostenlose Kurse bei der Volkshochschule. Heute wird einer mit 80 Prozent bezuschusst.

Beschäftigte verkauft

Bundesverfassungsgericht moniert Klinikprivatisierung

Eine Marburger Krankenschwester hat Anfang Februar einen wichtigen Etappensieg gegen das Land Hessen errungen. Sie erkämpfte sich ein Widerspruchsrecht gegen den gesetzlich verordneten Betriebsübergang. Das Land Hessen hat sich, wie man nun weiß, grundgesetzwidrig seiner ArbeitnehmerInnen entledigt und sie letztlich einem privaten Betreiber gleich mit verkauft. Das geschah bei der Zusammenführung der Unikliniken Marburg und Gießen und ihrem anschließenden Verkauf an die Rhön Klinikum AG.

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte deutlich: Jeder und jede Beschäftigte, sie alle haben das Recht, einem Wechsel zu einem anderen Arbeitgeber zu widersprechen. Denn beim Übergang können bisherige Ansprüche wegfallen.



Peter Böcher
Listenplatz 11

Dieses Recht missachtete das Land Hessen. Das Urteil hat übrigens Auswirkungen auf rund 4.000 Beschäftigte an beiden Klinikstandorten.

Nun stellt sich die Frage: Welche unmittelbaren Folgen hat dieses Urteil für die nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen? Zunächst einmal keine. Diese Auffassung vertritt auch der Arbeitgeber – die Rhön Klinikum AG – in einer ersten Stellungnahme. Schließlich war nur das Land Hessen verklagt. Nun müssen bis Ende 2011 die Hausaufgaben gemacht werden. Der Rechtsstreit ist noch nicht beendet. Die Gewerkschaft ver.di ist bereits in Verhandlungen mit dem Land Hessen eingetreten.

Man sieht: Blinder Eifer schadet nur. Der Idealfall wäre, dass die Privatisierung rückgängig gemacht wird.

Peter Böcher

Kein Abhängen des Waldtals!

Teilerfolg der Proteste gegen verschlechterte Busanbindung

Wer keine Lobby hat, wird abgehängt. So erging es den Waldtal-BewohnerInnen beim neuen Busfahrplan. Seit Mitte Dezember fuhr am Wochenende abends kein Bus mehr zur Sankt-Martin-Straße hoch. Ein Unding, sind doch viele Menschen dort auf den Bus angewiesen. Die AnwohnerInnen sammelten mehrere hundert Unterschriften und protestierten bei den Stadtwerken. Ergebnis: wochenlang keinerlei Reaktion.

Dann wandten sie sich an die Parteien. Die Marburger Linke unterstützte die Initiative, brachte das Thema beim Wahlfrühschoppen im Waldtal zur Sprache und stellte Öffentlichkeit her. Ergebnis: Drei Tage später verkündeten die Stadtwerke, dass sie die Busanbindung wesentlich verbessert hätten.

Aber bei näherem Hinsehen zeigt sich: Die „Verbesserung“ stellt noch nicht einmal den alten Zu-

stand wieder her. Am Wochenende gibt es nachmittags und am frühen Abend mehrere Stunden keine Verbindung; während der Woche fährt der letzte Bus um 23.30 Uhr (früher 0.36 Uhr) ab Stadtmitte.

Die erneuten heftigen Proteste bei der Bürgerversammlung am 24. Februar bewirkten immerhin, dass der Stadtwerke-Vertreter versprach, „wir arbeiten daran, aber das geht nicht so schnell“. Komisch: Das Kürzen ging ganz fix.

Roland Böhm

Linke in die Ortsbeiräte wählen!



▲ SpitzenkandidatInnen: Christian Mark (Cappel), Renate Bastian (Ockershausen), Bernd Hannemann (Richtsberg), Johannes Linn (Wehrda)

Kurzer Löffel

Wer mit Investoren Kirschen essen will, muss einen langen Löffel haben. Es ist zu bezweifeln, dass Oberbürgermeister Vaupel den hat. An der Ecke Gutenbergstraße/Universitätsstraße steht das so genannte Allianzhaus. Es muss dringend saniert werden. In seinem jetzigen Zustand ist es ein baulicher Schandfleck. Von den zugelassenen 10.000 Quadratmetern Verkaufsfläche werden nur 4.000 genutzt. Der Investor Joachim Tenkhoff mit seinem Unternehmen „Tenkhoff Properties“ meldete sich. Landauf, landab verspricht er den Gemeinden, sie glücklich zu machen. In Schwerin z. B. errichtete er ein Einkaufszentrum und stellte in Aussicht, dann kämen Kunden sogar aus Lübeck. Bisher hat man die noch nicht gesehen. Tenkhoff verlangt eine Ausdehnung der Verkaufsfläche. Egon Vaupel ist bereit, 12.000 Quadratmeter zuzugestehen.

Der Eigentümer des Kaufhauses Ahrens fürchtet Konkurrenz und reagiert: Seine bereits vorhandenen 12.000 Quadratmeter Verkaufsfläche will er auf 13.000 ausweiten und zwei Filialisten hereinholen: die Buchhandelskette „Thalia“ und den Schuhhandels-Konzern Görtz. Damit könnten die umliegenden Fachgeschäfte ruiniert werden, und die Oberstadt veröden. Das Ziel: Kaufkraft an Marburg zu binden, wird so nicht erreicht. Was Tenkhoff und Ahrens gewinnen, verlieren die anderen Geschäfte.

Tanja Bauder-Wöhr
Listenplatz 2



Foto: S. Markl



Termine

■ Von der Krippe bis zur Uni - Gleiche Chancen für Alle

mit Janine Wissler (Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag)
Mi., 23. März, 19.00 Uhr, TTZ

■ **Wahlfete** der Marburger Linken
So., 27. März, ab 17.30 Uhr,
Linkes Zentrum, Frankfurter Str.
15, Marburg

Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum
Frankfurter Straße 15, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der
LINKEN Marburg-Biedenkopf, am
2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

sds.dielinke
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

► die Marburger Gruppe des SDS
trifft sich dienstags, 20.00 Uhr
www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 13.3.2011

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Das Letzte

Schwarzer Peter

Im Januar kam heraus, dass ein städtischer Beamter mindestens 1,6 Millionen Euro unterschlagen hat. Er war für die Abrechnung der so genannten Beihilfen zuständig. Das sind Zuschüsse der Stadt für die Krankenkosten ihrer Beamten. Der Täter bearbeitete seine eigenen Anträge und hat sich kräftig bedient. Jetzt schieben sich CDU (unterstützt von der MBL) und SPD gegenseitig den Schwarzen Peter zu.

Oberbürgermeister Vaupel weist darauf hin, dass er erst seit Juli 2005 im Amt ist, die Unterschlagungen aber spätestens 1999 begonnen haben. Das war zur Zeit seines Vorgängers Dietrich Möller (CDU). Tatsächlich ist damals etwas Entscheidendes passiert: Bis zum Ende 1996 gab es in der Beihilfestelle einen Stellvertreter des zuständigen Beamten. Anfang 1997 wurde er ins Bauamt versetzt. Die Prüfung der Beihilfen und eine Stellvertretungsregelung fehlten in der Arbeitsplatzbeschreibung der Nachfolgerin. Damit bekam der Beamte freie Bahn für seine Unterschlagungen.

Wenn man es so betrachtet, fällt der Vergleich der Verantwortlichkeiten zu Lasten von Dietrich Möller (CDU) aus. Aber Egon Vaupel (SPD) hat an den Zuständen, die er 2005 übernahm, nichts geändert. Erst seit 2009 wurde er allmählich misstrauisch, und nicht vor 2011 konnte der Täter überführt werden.

In den öffentlichen Sitzungen des Akteneinsichtsausschusses erfuhren die ZuhörerInnen, dass die Knauserie der Kämmerer Möller und Vaupel die Unterschlagung sehr erleichtert hat. Die Prüfung der Beihilfesachbearbeitung durch die Stellvertreterin des zuständigen Beamten wurde wohl deshalb eingestellt, weil sie noch viele andere Aufgaben hatte. Und eine weitere Person wollte man nicht einstellen. Man sieht: Geiz ist teuer.

Georg Fülberth

Für den Kreistag wählbar



▲ SpitzenkandidatInnen: Sigurd Meier, Adnan Yildirim, Ingeborg Cernaj, Inge Sturm, Bernd Hannemann und Anna Hofmann

Am 27. März wird auch der Kreistag neu gewählt. Seit zehn Jahren regiert eine Koalition aus CDU, Grünen, Freien Bürgern und FDP den Landkreis. Sie hat im Wesentlichen eine Politik selbst erzeugter Sachzwänge betrieben, die Armut nicht bekämpft und eine Energiewende nur verbal verkündet. Dies gilt es zu verändern!

Seit 10 Jahren sind die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag die einzigen Kreistags-

abgeordneten, die gegen Hartz IV und Sozialabbau, für eine gerechte Flüchtlings- und Migrationspolitik, für ein kostenfreies lebenslanges Lernen sowie für eine nachhaltige Umweltpolitik auf Kreisebene eingetreten sind. Wegen des Koalitionsfriedens wurden sogar Vorschläge zu einer Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen von den Grünen blockiert und abgelehnt. Die SPD hat sich weitestgehend von einer gerechten Sozialpolitik verabschiedet und wirft sich im Kreis-

Wählen mit links

Was wird gewählt?

Am 27. März werden die Stadtverordnetenversammlung, der Oberbürgermeister, die Ortsbeiräte und der Kreistag gewählt. Das Wahlbündnis Marburger Linke kandidiert mit 64 Personen für die STVV, mit Henning Köster als Oberbürgermeisterkandidat und mit vier Listen für die Ortsbeiräte Ockershausen, Richtsberg, Cappel und Wehrda. Für den Kreistag tritt DIE LINKE mit einer offenen Liste an.

Am 27. März findet außerdem eine Volksabstimmung über die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die Hessische Verfassung statt. Die Gewerkschaften, soziale Initiativen und DIE LINKE rufen auf, mit „Nein“ zu stimmen.

Unkompliziert wählen

Die großen Stimmzettel sind zwar abschreckend, aber man kann sich das Wählen trotzdem leicht machen. Es reicht völlig aus, nur ein Kreuz bei der bevorzugten Liste zu machen. Dann verschenkt

man keine Stimme. Und wer unbedingt einzelne Personen unterstützen will, kann das dann zusätzlich tun, indem er zwei oder drei Kreuze bei den jeweiligen KandidatInnen macht.

Abwesend? Briefwahl!

Wer krank oder verreist ist oder lieber zu Hause wählen will, sollte Briefwahl beantragen. Am einfachsten geht die Beantragung mit der Rückseite der Wahlbenachrichtigung. Weitere Informationen gibt es unter der Telefonnummer 201 731 oder im Internet unter: www.marburg.de/de/103420

Um zu verhindern, dass der Wahlbrief zu spät ankommt (am 27. März muss er bis 18 Uhr an der angegebenen Adresse sein), empfiehlt es sich, die Briefwahl direkt im Rathaus zu beantragen. Dort besteht die Möglichkeit, an Ort und Stelle in einer Wahlkabine zu wählen und den Wahlbrief in eine Wahlurne zu werfen. Das geht von Montag bis Mittwoch von 8.00-16.00 Uhr, am Donnerstag bis 18.00 Uhr und am Freitag bis 12.00 Uhr.

tag zum Anwalt des Sparens um des Sparens willen auf.

Wählen Sie am 27. März DIE LINKE als die politische Alternative für den Kreistag!

Integration ermöglichen

In Marburg leben über 10.000 Menschen ohne deutschen Pass aus 140 Ländern. Marburg als „Stadt der Vielfalt“ muss eine Stadt der Bürgerrechte, der Menschenwürde und der Sicherheit vor Diskriminierung und Verfolgung sein. Die Integration von MigrantInnen setzt aber voraus, dass sie sich mit dieser Gesellschaft identifizieren können. Deshalb bin ich der Meinung, dass die städtischen Behörden in Marburg, besonders die Ausländerbehörde, sich noch anstrengen müssen, um das Prädikat Interkulturalität zu verdienen.

Erste Schritte sind: Integrationskurse müssen auch für AsylbewerberInnen ohne sicheren Aufenthaltsstatus gewährleistet werden, ebenso für MigrantInnen, die schon länger in Deutschland leben. Aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf sollte niemand abgeschoben werden. Es ist eine Quote von 10 Prozent Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung vorstellbar. Nicht zu vergessen das Kommunalwahlrecht. Wer hier wohnt, soll auch über seine unmittelbaren Lebensumstände mitbestimmen können.



Halise Adsan
Listenplatz 4

Fleißig

In den letzten beiden Jahren hat die Marburger Linke mit Abstand die meisten Anträge ins Stadtparlament eingebracht. Obwohl sie nur fünf der 59 Stadtverordneten stellt, liegt sie mit 96 Vorlagen vor SPD und Grünen, die es gemeinsam auf 72 bringen, und der CDU mit 57.